

### **Bericht und Abänderungsantrag**

des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Markus Ulram, Hans Unger, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer EntschlieÙung (Beilage 2102) betreffend sofortige Entlastung der burgenländischen Energiekunden (Zahl 22 - 1552) (Beilage 2307).

Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss haben den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Markus Ulram, Hans Unger, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer EntschlieÙung betreffend sofortige Entlastung der burgenländischen Energiekunden, in ihrer 43. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 10.01.2024, beraten.

Landtagsabgeordneter Markus Ulram wurde zum Berichterstatter gewählt.

Nach seinem Bericht stellte Landtagsabgeordneter Markus Ulram den Antrag, dem Landtag zu empfehlen, dem gegenständlichen EntschlieÙungsantrag die verfassungsmäßige Zustimmung zu erteilen.

Am Ende der Wortmeldung des Landtagsabgeordneten Wolfgang Sodl stellte dieser einen Abänderungsantrag.

Bei der anschließenden Abstimmung wurde der vom Landtagsabgeordneten Wolfgang Sodl gestellte Abänderungsantrag mit den Stimmen der SPÖ gegen die Stimmen der ÖVP mehrheitlich angenommen.

Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Markus Ulram, Hans Unger, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer EntschlieÙung betreffend sofortige Entlastung der burgenländischen Energiekunden, unter Einbezug der vom Landtagsabgeordneten Wolfgang Sodl beantragten und in der Beilage ersichtlichen Abänderungen, die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Eisenstadt, am 10. Jänner 2024

Der Berichterstatter:  
Markus Ulram eh.

Der Obmann des Rechtsausschusses  
als Vorsitzender der gemeinsamen Sitzung:  
Mag. Christian Dax eh.

*Herrn  
Präsident des Burgenländischen Landtages  
Robert Hergovich  
Landhaus  
7000 Eisenstadt*

Eisenstadt, am 10.01.2024

### **Abänderungsantrag**

**der Landtagsabgeordneten Dr. Roland Fürst, Wolfgang Sodl, Kolleginnen und Kollegen zum selbständigen Antrag, 22 – 1552, welcher abgeändert wird wie folgt:**

Der Landtag wolle beschließen:

## **EntschlieÙung**

### **des Burgenländischen Landtages vom .... betreffend Senkung der Energiepreise**

Zum unter Zahl 22 – 1552 eingebrachten selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Markus Ulram, Hans Unger, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer EntschlieÙung betreffend sofortige Entlastung der burgenländischen Energiekunden hält der Burgenländische Landtag fest:

Die Burgenländische Landesregierung hat auf diese Probleme der Burgenländer:innen mit der Einrichtung des Burgenländischen Sozial- und Klimafonds reagiert, aus dem die Erhöhung des Heizkostenzuschusses, der Antiteuerungsbonus sowie auch der Burgenländische Wärmepreisdeckel finanziert werden. Die Bundesregierung hingegen sorgt durch ihr Versagen in den Bereichen der Antiteuerung (insbesondere bei den Energiepreisen) sowie mit zusätzlichen Belastungen wie der CO<sub>2</sub>-Steuer für eine vermeidbare und zugleich massive Belastung der österreichischen Haushalte.

Die Burgenland Energie zählt mit ihrem neuen Fixtarif unter Einbeziehung des Burgenländischen Wärmepreisdeckels zu den günstigsten Landesenergieversorgern im Bundesländervergleich.

Jedoch wurden bei der Burgenland Energie im relativen Vergleich die höchste „Übergewinnabschöpfungen“ aller Landesenergieversorger inklusive Verbund durch die Bundesregierung durchgeführt.

Der Landtag hat beschlossen:

Der Burgenländische Landtag bekennt sich zu den seitens der Burgenländischen Landesregierung gesetzten Maßnahmen gegen die Teuerung, insbesondere zum Burgenländischen Wärmepreisdeckel.

Die Burgenländische Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung heranzutreten, diese möge

- die CO<sub>2</sub>-Steuer abschaffen und somit die breite Bevölkerung entlasten
- österreichweit einen Wärmepreisdeckel für private Haushalte einführen
- die Übergewinnsteuer für Energieunternehmen abschaffen, damit diese Mittel zur Entlastungen der Kund:innen genutzt werden können.